

September 2024

Entwicklungspolitisches Positionspapier von VENROB e.V. Erwartungen an die regierungsbildenden Fraktionen und die künftige Landesregierung für ein weltoffenes, partizipatives und nachhaltiges Land Brandenburg

Brandenburg braucht eine Wende: hin zu mehr Frieden, mehr Sicherheit und Mitbestimmung für alle sowie zu mehr Weltoffenheit. An den multiplen globalen Krisen wird deutlich: Um globale, aber auch regionale Gerechtigkeit zu erreichen und damit eine nachhaltige Zukunft zu ermöglichen, braucht es dringend eine ganzheitliche sozial-ökologische Transformation. Globale Solidarität und internationale Zusammenarbeit sind für eine erfolgreiche Gestaltung der großen Aufgaben unserer Zeit unabdingbar. Engagierte Entwicklungspolitik eines Bundeslandes ist deshalb auch im Eigeninteresse begründet und kein Charity!

VENROB e.V. als das entwicklungspolitische Landesnetzwerk Brandenburgs erachtet es als unerlässlich, dass die regierungsbildenden Parteien Brandenburgs nach der Wahl zum 8. Landtag das Handeln der Landesregierung einschließlich ihrer internationalen Aktivitäten an den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG) ausrichten. Entwicklungspolitisches Engagement spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Brandenburg bekennt sich in der Präambel seiner Verfassung dazu, „das Bundesland Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt zu gestalten“.

Die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder hat zuletzt am 10. Juni 2021 bekräftigt, „dass die Länder auch künftig ihren Beitrag zur Bewältigung entwicklungspolitischer Herausforderungen im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) bis 2030 leisten werden.“ Grundlage dafür ist das Positionspapier „Beitrag der deutschen Länder zur nachhaltigen globalen Entwicklung“.

VENROB e.V. erwartet von der künftigen Landesregierung und den regierungsbildenden Fraktionen eine deutlich motiviertere Umsetzung dieser Bekenntnisse. Dazu hat das Landesnetzwerk folgende sieben Erwartungen formuliert, um eine zeitgemäße eigene entwicklungspolitische Arbeit des Landes anzustreben und das Engagement der Zivilgesellschaft zu stärken:

1. Strategien klären und umsetzen! Die künftige Landesregierung und die regierungsbildenden Fraktionen müssen die relevanten Strategien und Dokumente der Landesregierung kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit prüfen, sie fortschreiben und in klar erkennbarem Maße umsetzen! Wir erwarten dies insbesondere für die Entwicklungspolitischen Leitlinien sowie darüber hinaus für die Landesnachhaltigkeitsstrategie und den Klimaplan. Politische und administrative Zurückhaltung oder gar Ablehnung in diesen Fragen schaden dem Land Brandenburg ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Der Bereich Entwicklungspolitik ist in der Landesregierung strukturell und personell zu stärken.

2. Teilhabe und Mitwirkung stärken! Die künftige Landesregierung und die regierungsbildenden Fraktionen müssen die Interessen und Kompetenzen der in NRO, Vereinen und Initiativen organisierten Zivilgesellschaft ernsthaft anerkennen und nutzen. Ebenso sind im entsprechenden Rahmen Kommunen und Wissenschaft aktiv einzubeziehen. Bewährte Gremien wie die Nachhaltigkeitsplattform, der Round Table Entwicklungspolitik, der Runde Tisch Bildung für

Nachhaltige Entwicklung, das Forum EuropaBrandenburg u.a. sind zu stärken und noch aktiver zu nutzen.

3. Haushaltstitel verlässlich aufstocken! Die Förderung entwicklungspolitischer Aktivitäten läuft auf Sparflamme. Doch wer Toleranz, Weltoffenheit und Internationalität für Brandenburg wirklich will, darf hier nicht sparen. Die künftige Landesregierung und die regierungsbildenden Fraktionen müssen die bereitgestellten öffentlichen Mittel für Entwicklungspolitik in den nächsten Haushaltsjahren deutlich erhöhen. Um die dringend gebotene finanzielle Förderung insbesondere entwicklungspolitischer Inlands- und Bildungsarbeit auch über die Legislaturperiode hinaus zu stärken, muss diese Erhöhung in den haushaltsrelevanten Planungen der Landesregierung verbindlich formuliert werden. Gleiches gilt für die anderen zivilgesellschaftlichen Strukturen in internationalen und europapolitischen Bereichen.

4. Bildung in allen Bereichen stärken! Die künftige Landesregierung und die regierungsbildenden Fraktionen müssen einer breit angelegten entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich, in der Erwachsenenbildung sowie in der beruflichen und individuellen Aus-, Fort- und Weiterbildung einen höheren Stellenwert beimessen. Effektiv greift dies erst durch eine stärkere Förderung der politischen Bildung im Sinne des Globalen Lernens und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung insbesondere mit partizipativen Methoden.

5. Transformative Ansätze weiterentwickeln! Die künftige Landesregierung und die regierungsbildenden Fraktionen müssen die Einbeziehung von Perspektiven aus dem Globalen Süden in ihrer Arbeit verankern, z.B. durch aktive Mitwirkung ihrer Expert*innen im Bildungsbereich. Eine vorwärtsgewandte Diskussion aus entwicklungspolitischer und diskriminierungssensibler als auch machtkritischer Perspektive von Wirtschafts- und Verwaltungssystemen sowie von politischen Prozessen gerade auf Landes- und kommunaler Ebene, aber auch auf Bundes- und EU-Ebene muss gefördert werden.

6. Für Frieden einsetzen! Die künftige Landesregierung und die regierungsbildenden Fraktionen machen sich angesichts der Kriege und kriegerischen Konflikte und den damit verbundenen leidvollen Folgen für die Menschen insbesondere stark für die Umsetzung des SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Brandenburg muss nach seinen Möglichkeiten diplomatische und zivile Bemühungen unterstützen, humanitäre Hilfe leisten und ein sicherer Hafen für Flüchtende vor Krieg und Leid sein. Internationale Partnerschaften von Brandenburger Akteur*innen stellen dafür eine geeignete Formvielfalt zur Verfügung, die besonders zu fördern ist.

7. Ausgrenzung und Rassismus bekämpfen! Die Landesregierung setzt sich für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Aufarbeitung von kolonialem Unrecht und für eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung ein. Sie und die regierungsbildenden Fraktionen müssen ein differenziertes Verständnis von Flucht und Migration vertreten und fördern. Insbesondere migrantische (Selbst-)Organisationen sind stärker zu unterstützen, um über eine Stärkung ihres Engagements in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und in der Entwicklungszusammenarbeit ihre unverzichtbaren Beiträge für ein inklusiv-solidarisches Brandenburg in seiner globalen Mitverantwortung zu sichern.

8. Faire Wirtschaft zum Leitbild machen! Mit fairem Wirtschaften in der eigenen Verwaltung sollte die künftige Landesregierung zum Vorbild und zur Motivation für andere werden. Die Brandenburger Wirtschaftsförderung muss verstärkt an den globalen Nachhaltigkeitskriterien und am internationalen normativen Rahmen ausgerichtet werden. Die Außenwirtschaftsförderung und die Entwicklungszusammenarbeit sind aufeinander abzustimmen.

VENROB steht allen demokratischen Parteien und Fraktionen für Gespräche zur Verfügung.